

Berlin rätselt über seine Opernhäuser

Es ist ein quälender Streit, und er bricht immer wieder auf, seitdem die Mauer gefallen ist: Zwanzig Jahre lang hadert Berlin nun schon mit seinen drei Opernhäusern.

Worum andere Städte die wiedervereinigte Hauptstadt beneiden, sorgt in Berlin meistens für schlechte Laune. Nörgelei über Geldnot, Intrigen und Querelen bestimmen das öffentliche Bild der Staatsoper Unter den Linden, der Deutschen und der Komischen Oper. Und so stand am Montagabend eine öffentliche Diskussionsrunde von Politikern und Intendanten über Berlins Opernzukunft auch unter dem Motto Aufbruch und Ärger.

In den vergangenen Wochen hatten sich die Ereignisse mal wieder überschlagen: Der bisherige Salzburger Intendant Jürgen Flimm wurde an Daniel Barenboims Staatsoper berufen, ohne dass er aus seinem bisherigen Vertrag entlassen wurde. Kurz danach wurde der Kölner Opernchef Peter Raddatz als Leiter der Dachorganisation Stiftung Oper in Berlin angekündigt. Und dann meldete die Deutsche Oper ein neues Finanzloch und die Absage der Eröffnungspremiere in der kommenden Saison.

Wenn wir so weiter machen, sind wir 2013 pleite, sagte der gefeuerte Noch-Stiftungschef Stefan Rosinski. Der Regierende Bürgermeister und Kultursenator Klaus Wowereit (SPD) habe ohnehin erklärt, dass es bis 2020 kein zusätzliches Geld zu den 118 Millionen Euro Subventionen für die drei Häuser gebe. Wir sind jetzt, wo wir vor neun Jahren waren, äußerte sich Rosinski pessimistisch.

Tatsächlich stehen die Berliner Opern verhältnismäßig arm da. Andere Städte gehen wesentlich großzügiger mit ihren Theatern um, wie Beispiele aus Paris, London oder Wien zeigen. Aus der österreichischen Hauptstadt kam auch der Lichtblick des Abends. Statt Opern zu schließen, wurde dort ein neues Haus eröffnet. Dem Theater an der Wien sei es gelungen, eine dritte Oper zu etablieren. Mit seinem künstlerischen Profil könne sich das Haus deutlich in der Konkurrenz zu Staatsoper und Volksoper abheben, sagte der zugeschaltete Direktor Roland Geyer unter Publikumsapplaus.

Die Rolle des Buhmanns übernahm der Pariser Intendant Gerard Mortier mit seinem Plädoyer für eine Fusion von Staatsoper und Deutscher Oper. Ein Orchester mit 120 Musikern und ein Chor mit 190 Sängern würden für zwei Bühnen reichen, sagte Mortier, der in Paris über einen Etat von 180 Millionen Euro verfügt – für zwei Häuser. Die Opernstiftung sei absolut nutzlos. Berlin ist die Opernstadt par excellence, auf dieses Erbe müsse sich die Stadt besinnen, machte Mortier den Zuhörern in dem voll besetzten Musik- und Tanzzentrum Radialsystem Mut.

Fusion wäre für Berlin ein ganz schlechtes Geschäft, erwiderte die Intendantin der Deutschen Oper, Kirsten Harms. Dann ließen sich nicht mehr die 738 Vorstellungen geben, die etwa im vergangenen Jahr 850 000 Zuschauer lockten. Die Kulturpolitikerinnen auf dem Podium sekundierten. Es muss mehr Geld ins System, forderte aus der Opposition die CDU-Bundestagsabgeordnete Monika Grütters. Eine Fusion würde zur Schließung eines Hauses führen. Die Grüne Alice Ströver reklamierte für die Politik das Recht, den Intendanten auf die Finger schauen zu dürfen. Immerhin erhielten sie ein Drittel des Berliner Kulturetats.

Mehr als von neuen Erkenntnissen wurde die von der Fachzeitschrift Opernwelt einberufene Runde von Ratlosigkeit bestimmt. Da forderte etwa der Präsident des Deutschen Bühnenvereins, Klaus Zehelein, ein Entwicklungszentrum für zeitgenössische Oper in Berlin. Jürgen Flimm versuchte, sich in die Zusammenarbeit der Berliner Intendanten hineinzudenken. Wer darf Fidelio machen? , fragte er nur scheinbar naiv. Worüber der frühere Bremer Intendant Klaus Pierwoss zu berichten wusste, man habe in Berlin schon um die Aufteilung des Repertoires gewürfelt.

Dummes Gequatsche, verlogener Diskurs, erzürnte sich der Chef der Komischen Oper. Intendanten machen was sie wollen, dafür werden sie auch bezahlt, fasste Andreas Homoki seine Stellenbeschreibung zusammen. Homoki, der 2012 nach Zürich wechselt, ist die Debatte über Strukturen und Entscheidungswege leid. Opern müssten Mut für ein klares Programm haben, dann würde das Publikum schon kommen.

Die einzige Regierungsvertreterin auf dem Podium hatte Mühe, ihre Ungeduld zu verbergen. Barbara Kisseler, Chefin der Senatskanzlei, fragte sich, was sie dem Regierenden Bürgermeister nun erzählen werde von den Vorschlägen für den Ausweg aus der vermeintlichen Misere. Der Streit um Geld sei ja nur eine Ersatzdiskussion, sagte Kisseler und forderte die Intendanten auf, egomanische Verhaltensweisen aufzugeben. Berlins Opernhäuser müssten sich viel stärker auf die Stadt zubewegen.

Erschienen: Focus online, 17.02.2009